Berichtigung und Ergänzung von Unterlagen gemäß Art. 38 Abs. 2-bis und Art. 46 Abs. 1-ter des GvD Nr. 163/2006, i.g.F. (überarbeitet auf Grundlage der ANAC-Verfügung Nr. 1/2005 und der Kommunikation des Präsidenten vom 25.03.2015)

1. NICHT HEILBARE MÄNGEL, DIE EIN AUSSCHLUSSGRUND SIND, ABER KEINE GELDSTRAFE VERHÄNGT WIRD:

- Angebotsabgabe nach Fristablauf; alle Verstöße gegen den Grundsatz der Geheimhaltung der Angebote, welche den Tatbestand des Art. 46 Abs. 1-bis (siehe Teil 2.2.1 der ANAC-Verfügung Nr. 1/2015) erfüllen;
- Nichtleistung der vorläufigen Kautionsabgabe;
- Umschlag C): keine Vorlage des wirtschaftlichen Angebots bzw. Vorlage des wirtschaftlichen Angebots ohne Angabe eines Preises oder Preisabschlags; Mehrfachangebot oder bedingtes Angebot; Aufgebot, Angebote mit einem Abschlag, dessen Wert gleich Null oder eins ist, oder in jedem Fall ein unbestimmtes Angebot;
- Umschlag B): keine Vorlage des technischen Angebots, des technischen Projekts bzw. Fehlen aller Elemente, sodass das Angebot als unbestimmtes Angebot qualifiziert werden muss;
- Sofern das wirtschaftliche Angebot oder Elemente, die das wirtschaftliche Angebot betreffen in den technischen oder Verwaltungsunterlagen enthalten sind;
- Sofern der begleitete Lokalausweis nicht durchgeführt wurde;
- Unterlassene Zahlung der Gebühr an die Aufsichtsbehörde;
- Unterlassene Angabe der gegen die Subjekte laut Buchst. c) verhängten Verurteilungen, wenn der Teilnehmer trotz erfolgter Verurteilungen erklärt hat, dass keine Verurteilungen gegen ihn verhängt wurden. Dies erfüllt den Tatbestand der unwahren Erklärung bei Ausschreibungen mit allen damit verbundenen Folgen: Nichtheilbarkeit der abgegebenen Erklärung, Ausschluss des Bieters und Meldung bei der ANAC;
- Nichtheilbarkeit der Teilnahmeanforderungen, welche der Bieter bei Abgabe des Angebots oder des Teilnahmeantrags erfüllen muss, ohne Möglichkeit, die besagten Anforderung nachträglich zu erfüllen;
- Verstoß gegen die Verpflichtung, bei Angebotsabgabe den Anteil der Leistung anzugeben, welchen der Teilnehmer mittels Unterauftrag vergeben will, sofern dies notwendig ist, um nachzuweisen, dass Einzelteilnehmer oder zusammengesetzte Teilnehmer bei Angebotsabgabe die Anforderungen erfüllen, die notwendig sind, um die Leistung selbst

auszuführen.

- Unterlassene Angabe der Betriebs sicherheitskosten in den Angeboten gemäß Art. 87 Absatz 4 des GvD Nr. 163/2006;

2. HEILBARE MÄNGEL DURCH BERICHTIGUNG ODER ERGÄNZUNG DER UNTERLAGEN, MIT VERHÄNGUNG EINER GELDSTRAFE:

- Fehlender Teilnahmeantrag oder dessen unterlassene, unvollständige oder regelwidrige Ausfüllung im Hinblick auf die Ersatzerklärungen betreffend die allgemeinen oder besonderen Anforderungen, sowie fehlende Unterzeichnung des Teilnahmeantrags. Die wesentlichen Mängel betreffen insbesondere die Unmöglichkeit festzustellen, ob und von welchen Subjekten die einzelne Anforderung laut Art. 38 Abs. 1 erfüllt ist oder nicht, was in folgenden Fällen zutrifft:
 - a) zu einem bestimmten Buchstaben gemäß Art. 38 Abs. 1 wurde keine Erklärung abgegeben;
 - b) die Erklärung wurde abgegeben, jedoch nicht von einem der Subjekte, welche gemäß Gesetzesvorschrift die Anforderung erfüllen muss;
 - c) die Erklärung wurde abgegeben, aus dieser geht jedoch nicht hervor, ob die Anforderung erfüllt ist oder nicht;
- fehlende Angabe der Anteile der Beteiligung an der Bietergemeinschaft (bei Arbeiten) und der Anteile der Beteiligung an der Ausführung;
- fehlende Vorlage des Nachweises der vorläufigen Kautionsleistung, vorausgesetzt, die besagte Kautionsleistung ist bei Angebotsabgabe geleistet worden, oder unzureichender Betrag der vorläufigen Kautionsleistung einschließlich der fehlenden Verpflichtung zur Vorlage der endgültigen Kautionsleistung bzw. fehlender sonstiger Sicherheitsklauseln;
- fehlende Vorlage folgender Dokumente: Gründungsakt oder Satzung im Falle von ständigen Konsortien oder von gegründeten ordentlichen Konsortien; für noch nicht gebildete Bietergemeinschaften oder ordentliche Konsortien: Verpflichtung zur Bildung der Bietergemeinschaft oder des ordentlichen Konsortiums; bei bereits gebildeten Bietergemeinschaften: unwiderruflicher gemeinsamer Sonderauftrag mit Vertretungsmacht; Vollmacht bei Unterzeichnung seitens des Bevollmächtigten des gesetzlichen Vertreters;
- bei Nutzung der Kapazitäten Dritter scheint die fehlende Vorlage der Unterlagen laut Art. 49 des GvD Nr. 163/2006 sanierbar zu sein, mit Ausnahme der Erklärung über die Nutzung von Kapazitäten Dritter gemäß Art. 49 Abs. 2 Buchst. a), wenn der bis Angebotsabgabe bereits

- unterzeichnete Nutzungsvertrag nicht beigefügt und nachgewiesen ist;
- Mängel bezüglich der Erklärung zur Annahme der Bedingungen der Integritätsvereinbarung;
- fehlende Unterzeichnung des wirtschaftlichen Angebots, innerhalb der Grenzen des Schutzes des Inhalts und der Geheimhaltung des Angebots;
- fehlende Unterzeichnung des technischen Angebots, innerhalb der Grenzen des Schutzes des Inhalts und der Geheimhaltung des Angebots;
- Bei sonstigem Ausschluss der gesamten Bietergemeinschaft muss im Falle einer solchen jedes einzelne Unternehmen des Zusammenschlusses, soweit es in seiner Kompetenz liegt, die Berichtigung und die Ergänzung der Dokumente vornehmen.

3. BERICHTIGUNG OHNE VERHÄNGUNG EINER GELDSTRAFE:

- bei zweideutigen Klauseln und Bestimmungen der Ausschreibungsbedingungen, welche die „Berichtigung und Ergänzung von Unterlagen“ autorisieren;
 - bei alle unwesentlichen, jedoch unerlässlichen Regelwidrigkeiten oder Mängel (z. B. Angabe der Positionen NISF, INAIL, Bauarbeiterkasse; Angabe der Hauptdaten des Dekrets des zuständigen Gerichts über den Ausgleich bei Fortführung des Betriebs; Angabe der zuständigen Agentur der Einnahmen; Angabe des Wahldomizils, fehlender PASSOE);
 - fehlende Angabe des Wahldomizils laut Art. 79 Abs. 5-quinquies;
 - fehlender Nachweis der Entrichtung der festgelegten Gebühr an die ANAC;
 - bei Fehlen der folgenden Klauseln:
 - „Das Bankinstitut bzw. die Versicherungsgesellschaft verpflichtet sich zudem, die vorläufige Kautionsurkunde auf einfache Vorlage der Kopie derselben, die vom Bieter über die Plattform auf der Internetseite www.ausschreibungen-suedtirol.it an die Vergabestelle übermittelt wurde, zu zahlen.“
 - „Das Bankinstitut bzw. die Versicherungsgesellschaft verpflichtet sich, die Strafe laut Art. 38 Abs. 2 des GvD Nr. 163/2006 zu zahlen, falls der Wirtschaftsteilnehmer die Zahlung verweigert.“
- (Achtung: das Einfügen obiger Klauseln bewirkt in keinem Fall die Erbringung einer zusätzlichen, für die Bezahlung der Geldstrafe bestimmten Kautionsurkunde.)

4. UNWESENTLICHE UND ENTBEHRLICHE ELEMENTE, FÜR WELCHE DIE „BERICHTIGUNG ODER ERGÄNZUNG DER UNTERLAGEN“ KEINE ANWENDUNG FINDET:

- Erklärungen im Hinblick auf die von Amtswegen prüfbar Anforderungen (Eintragung bei der Handelskammer, Besitz einer geeigneten SOA-Bescheinigung über die Einhaltung der Qualitätssicherungsnormen bzw. der Normen für Umweltmanagement);
- Erklärung über den Besitz der Qualitätszertifizierung nur für die Reduzierung der Kautions um 50%;
- nicht angebrachte Stempelmarke;
- Bestätigung über den begleiteten Lokalausweis.

5. VERHÄNGUNG DER GELDSTRAFE:

- Die Höhe der Geldstrafe muss (innerhalb der gesetzlichen Grenzen) in den Ausschreibungsunterlagen festgelegt sein und ist bei in Los aufgeteilten Aufträgen am Betrag des betreffenden Loses zu berechnen.
- Die in den Ausschreibungsunterlagen festgelegte Strafe wird verhängt, wenn der Bieter das neue Verfahren der „Berichtigung oder Ergänzung der Unterlagen“ in Anspruch nimmt.
- Die Geldstrafe heilt alle festgestellten Regelwidrigkeiten und ist daher als allumfassend anzusehen. Die Geldstrafe ist „einmalig“, daher wird sie auch bei Vorliegen mehrerer Mängel – auch in unterschiedlichen Unterlagen oder Umschlägen – nur einmal verhängt.
- Die Geldstrafe ist ausschließlich gegen das Subjekt zu verhängen, dessen Erklärungen mangelhaft sind, auch wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird.
- Die Geldstrafe ist bei mangelhaften Erklärungen auch gegen das Hilfsunternehmen zu verhängen.
- Die Geldstrafe ist auch bei wesentlichen Mängeln im Hinblick auf den auf einer Rahmenvereinbarung beruhenden Auftrag zu verhängen.
- Die Einbehaltung der vorläufigen Kautions muss ausdrücklich in den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen sein und erfolgt nur dann, wenn die nicht erfolgte Ergänzung auf ein Fehlen der erklärten Anforderung

zurückzuführen ist (allgemeine Anforderungen Art. 38). Die Kautions wird nicht einbehalten, wenn der Bieter das Verfahren der „Berichtigung oder Ergänzung der Unterlagen“ nicht in Anspruch nehmen will.

- Die Geldstrafe kann auch bei Verfahren verhängt werden, bei denen – zumindest in der Anfangsphase – keine Vorlage einer vorläufigen Kautions vorgesehen ist (siehe nichtoffene Verfahren).
- Die Verpflichtung zur Ergänzung der Kautions bei sonstigem Ausschluss muss in den Ausschreibungsunterlagen ausdrücklich vorgesehen sein.

Vorgangsweise bei Berichtigung:

- a) Übermittlung einer Mitteilung (über zertifizierte E-Mail) an den Bieter, unter Einräumung einer Ausschlussfrist von 10 Tagen für die Behebung des vom/von der Ausschreibungsbeauftragten festgestellten Mangels;
- b) Verpflichtung des Bieters zur Zahlung der Geldstrafe; die Zahlung ist jedoch keine erforderliche Bedingung für die Vornahme der Berichtigung. Die Höhe der Geldstrafe muss in den Ausschreibungsbedingungen festgelegt sein (mindestens 1/1000, maximal 1 Prozent und jedenfalls nicht über 50.000,00 €). Diesbezüglich wird empfohlen, den vorgesehenen Mindestwert anzuwenden sowie eine einmalige Strafe auch für mehrere festgestellte Mängel zu verhängen.
- c) Wenn der Bieter die Berichtigung vornimmt und die Strafe zahlt, wird das Verfahren fortgesetzt und die innerhalb der Ausschlussfrist erfolgte Berichtigung wird in der Niederschrift vermerkt.
- d) Wenn der Bieter die Berichtigung vornimmt, die Strafe jedoch nicht zahlt,
 - wird die vorläufige Kautions in Anspruch genommen und der Bieter wird aufgefordert, diese im Lauf der Ausschreibung wieder zu ergänzen;
 - wird, bei nicht möglicher Inanspruchnahme der vorläufigen Kautions, eine Zwangseintreibung des geschuldeten Betrags gemäß Gesetz Nr. 689/1981 eingeleitet.
- e) Wenn der Bieter die Berichtigung nicht fristgerecht vornimmt und die Geldstrafe nicht bezahlt,
 - und dies darauf zurückzuführen ist, dass allgemeine und/oder besondere Anforderungen nicht erfüllt sind, muss dies der ANAC gemeldet und die gesamte vorläufige Kautions einbehalten werden;
 - in allen andern Fällen von Regelwidrigkeiten und/oder wesentlichen Mängeln muss dies der ANAC gemeldet werden und es wird mit der teilweisen Inanspruchnahme der vorläufigen Kautions fortgefahren.
- f) Wenn der Bieter keine Berichtigung vorgenommen, die Geldstrafe jedoch

bezahlt hat, wird dieser lediglich ausgeschlossen, und dieser Vorgang in der Niederschrift vermerkt.

Dieses von der AOV auf der Grundlage der ANAC-Verfügung Nr. 1/2015 und der Kommunikation des Präsidenten vom 25.03.2015 erstellte Dokument ist für die Vergabestellen nicht bindend, da es lediglich der Erläuterung und Information dient.